

Gastbeitrag Kowid Leipzig

### **Gemeinsam besser planen**

Die Wärmeplanung bildet einen wesentlichen Pfeiler der Energiewende. Aktuell ist mehr als die Hälfte des deutschen Endenergieverbrauchs auf die Wärmeversorgung zurückzuführen. Gleichzeitig wird etwa 80 Prozent der nachgefragten Wärme noch über fossile Brennstoffe abgedeckt. Das Transformationspotenzial hin zu einer klimaneutralen Energieversorgung bis zum Jahr 2045 ist damit greifbar.

Aktuell steht der Ausbau klimafreundlicher Wärmenetze im Mittelpunkt, denn nach den Debatten um die Wärmepumpe rückt die Infrastruktur in den Kommunen in den Fokus. Dies eröffnet die Möglichkeit, die Transformation des Wärmesektors nicht nur in den großen Städten, sondern auch in kleineren Gemeinden zu verwirklichen.

Die Umstellung der Wärmeversorgung erfordert folglich Wärmenetze, was entsprechend große planerische und finanzielle Herausforderungen mit sich bringt, wie das Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge (Kowid) an der Universität Leipzig in einer aktuellen Studie erhoben hat, an der sich 600 Kommunen und knapp 100 Energieversorgungsunternehmen aus Deutschland beteiligten.

Seit Januar dieses Jahres gilt das Wärmeplanungsgesetz. Mit dem Gesetz sollen die Länder verpflichtend sicherstellen, dass für alle Kommunen Wärmepläne erstellt werden. Dabei zeigt die Studie auch, dass gerade kleine Kommunen – mit kleinen Kernverwaltungen und ehrenamtlichen Bürgermeistern – nur über unzureichende personelle (und finanzielle) Ressourcen in dieser neuen Pflichtaufgabe verfügen, was den Transformationsprozess erschwert.

Die Studie beziffert die Kosten allein für die Planung in den Kommunen bis 2028 auf 520 Millionen Euro, davon 165 Millionen Euro für das Personal. Wenngleich der Bund beabsichtigt, den überwiegenden Teil der Kosten bis 2028 zu finanzieren im Rahmen sogenannter Konnexitätszahlungen, stellen finanzielle und personelle Restriktionen insbesondere für kleinere Kommunen dennoch ein Hemmnis dar.

Die bisher noch nicht umfassend planbaren Finanzierungsherausforderungen der Wärmewende sehen viele Kommunen folglich auch als Risiko für eine fristgemäße Durchführung der Wärmeplanung. Zudem sehen Kommunen ohne eigene Stadtwerke das Problem des unzureichenden Einflusses in der Umsetzung der Wärmewende, da sie zwar Pläne nach dem Gesetz erstellen, aber externen Unternehmen in der Umsetzung nicht oder nur bedingt weisungsberechtigt sind und damit weniger Gestaltungsspielraum haben. Die Kommunen sehen zwar die Chancen einer klimaneutralen Wärmeversorgung sowie von Impulsen für eine regionale Entwicklung und Wertschöpfung, gleichzeitig werden die angespannte Haushaltslage und Personalengpässe aber als deutliche Risiken betrachtet.

Noch kostspieliger wird die Wärmewende für die Unternehmen. Auch den umsetzenden Energieversorgern entstehen in der Wärmewende hohe Kosten, die allerdings anders als die kommunalen Planungskosten nicht über Zahlungen vom Bund über die Länder in die Kommunen unterstützt werden.

Diese Kosten für die Umsetzung (etwa zur Dekarbonisierung der Wärmenetze) belaufen sich laut der Studie auf etwa 10,8 Milliarden Euro. Damit würden die antwortenden Unternehmen die Kosten zur Umsetzung deutlich höher einschätzen als jene im Rahmen der Gesetzesfolgenabschätzung zum Wärmeplanungsgesetz. Die Unternehmen unterstützen dabei nicht nur die Kommunen bei den Wärmeplänen, sondern tragen auch zur Dekarbonisierung bei. Das alles ist zwar klimapolitisch sinnvoll, kostet aber viel Geld.

Mit Blick auf die hohen finanziellen, personellen und planungsseitigen Herausforderungen in der Wärmewende könnte in einem ersten Schritt eine Unterstützung für kleinere Kommunen (beispielsweise durch zusammengelegte Wärmeplanung im Rahmen von Planungsverbänden) erfolgen sowie eine umfassende Datenerhebung und -bereitstellung von zentralen Stellen in den Ländern, um Kommunen zu entlasten sowie Anreize für einen fristgemäßen Umbau oder Rückbau beziehungsweise eine fristgemäße Dekarbonisierung der Wärme- und Gasnetze für Netzbetreiber zu schaffen. Die Wärmewende bildet einen zentralen Transformationsbaustein. Sie kann aber nur gelingen, wenn Kommunen und Versorger nicht überfordert werden.

*Fabio Botta* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge (Kowid).

*Oliver Rottmann* ist Geschäftsführender Vorstand des Kowid.

*André Horn* leitet das Branchencenter Energiewirtschaft und Partner Corporate Finance bei der BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Hamburg.